

Niederschrift

**über die 27. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am
Mittwoch, 11.07.2018 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40
in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Bürgermeisterin Birgit Alkenings Stadt Hilden

Ratsmitglieder

Frau Anabela Barata	SPD
Herr Manfred Böhm	SPD
Herr Christoph Bosbach	SPD
Herr Torsten Brehmer	SPD
Herr Kevin Buchner	SPD
Herr Reinhold Daniels	SPD
Frau Dagmar Hebestreit	SPD
Herr Steffen Kirchhoff	SPD

Bis einschließlich TOP 6.1
anwesend.

Frau Sandra Kollender	SPD
Herr Hans-Werner Schneller	SPD
Herr Jürgen Scholz	SPD
Herr Dominik Stöter	SPD
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD
Herr Carsten Wannhof	SPD
Herr Hans-Jürgen Weber	SPD
Herr Kurt Wellmann	SPD
Frau Marion Buschmann	CDU
Herr Michael Deprez	CDU
Herr Fred Harry Frenzel	CDU
Herr Christian Gartmann	CDU
Herr Wolfgang Greve-Tegeler	CDU
Herr Thomas Grünendahl	CDU
Herr Christopher Monheimius	CDU
Herr Rainer Schlottmann	CDU
Herr Norbert Schreier	CDU
Frau Bettina Thimm	CDU
Herr Michael Wegmann	CDU
Herr Reinhard Zenker	CDU
Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis90/Die Grünen
Frau Marianne Münnich	Bündnis90/Die Grünen
Herr Hartmut Toska	Bündnis90/Die Grünen
Frau Susanne Vogel	Bündnis90/Die Grünen
Herr Friedhelm Burchartz	Allianz für Hilden
Herr Claus Munsch	Allianz für Hilden
Herr Yannick Hoppe	FDP
Herr Rudolf Joseph	FDP

Herr Thomas Remih	FDP
Frau Claudia Beier	BÜRGERAKTION
Frau Sabine Kittel	BÜRGERAKTION
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	AfD

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Norbert Danscheidt	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Beigeordnete Rita Hoff	Stadt Hilden
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete	Stadt Hilden
Frau Gleichstellungsbeauftragte Monika Ortmanns	Stadt Hilden
Herr Roland Becker	Stadt Hilden
Frau Geri Schwenger	Stadt Hilden
Herr Bernd Eichmann	Stadt Hilden
Herr Michael Witek	Stadt Hilden

Abwesende Ratsmitglieder

Herr Martin Falke	CDU
Herr Bernd Hoppe	AfD
Frau Claudia Schlottmann	CDU

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht
- 3 Allgemeine Ratsangelegenheiten
 - 3.1 Einführung und Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Frau Claudia Beier als Nachfolger für Herrn Markus Hanten
WP 14-20 SV 01/099
 - 3.2 Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien
WP 14-20 SV 01/100

- 3.3 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Rates der Stadt Hilden, Stand Juni 2018
WP 14-20 SV 01/090
- 3.4 Weitere sonntägliche Verkaufsöffnungen 2018
WP 14-20 SV 32/023
- 3.5 Wiederwahl eines Sachverständigen für den Umlegungsausschuss der Stadt Hilden
WP 14-20 SV 61/198
- 4 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses
 - 4.1 Gestaltungsbeirat der Stadt Hilden, Geschäftsordnung
WP 14-20 SV 61/194
- 5 Angelegenheiten des Jugendhilfeausschusses
 - 5.1 Benutzungs- und Entgeltsatzung für das Spielmobil
WP 14-20 SV 51/203/1
- 6 Angelegenheiten des Schul- und Sportausschusses
 - 6.1 Schulentwicklungsplanung an Hildener Grundschulen hier: Festlegung der Zügigkeiten für das Schuljahr 2019/20
WP 14-20 SV 51/208/2
- 7 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
- 8 Jahresabschluss 2017
WP 14-20 SV 20/096
- 9 Anträge
 - 9.1 Antrag Allianz für Hilden: Räumlichkeiten für die VHS Hilden-Haan
WP 14-20 SV 01/101
- 10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
 - 10.1 Finanzstatus
- 11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
 - 11.1 Anfrage der AfD: Spielgeräte Herderstraße
 - 11.2 Anfrage der FDP: Festlegung der Zügigkeiten in Grundschulen - Mitwirkungsver-

bot gem. § 31 GO NRW

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Birgit Alkenings, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Sie stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Um 17.29 Uhr wurde die Einwohnerfragestunde begonnen.

a) Koschinski, Claudia, wohnhaft in Hilden

Frau Koschinski verlas folgenden Text, der der Schriftführung nach der Sitzung zugekommen ist: „Dass der Rat die Möglichkeit hat durch seine sogenannte Allzuständigkeit Beschlüsse unberücksichtigt der beratenden Beschlüsse von Fachausschüssen zu tätigen ist feststellend hinzunehmen, aber wie erklären Sie dem Bürger diese politische Vorgehensweise? Wo bleibt da der Sinn der Einrichtung von Fachausschüssen? Im Fall des SEPs (Schulentwicklungsplan) wird hier die intensive Beschäftigung des Schul- und Sportausschusses mit einem demokratischen Abstimmungsergebnis missachtet. Wo sehen sie da eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den politischen Vertretern und der Verwaltung?“

Bürgermeisterin Alkenings erläuterte, dass der Rat am Ende der Beratungskette stehe. Zuvor habe der Schul- und Sportausschuss (SSA) dreimal beraten sowie einen Arbeitskreis eingesetzt. Die Meinung aus dem Arbeitskreis sei anders, als sie zuletzt von der Mehrheit im SSA vertreten werde. Dies ändere allerdings nichts an der Beratungsreihenfolge. Da in den weiteren Gremien Haupt- und Finanzausschuss sowie Rat eine andere Zusammensetzung als im SSA bestehe, könne es passieren, dass in Ausschüssen anders entschieden werde als im Rat. Dies sei im Sinne der demokratischen Mehrheitsfindung. Sie merkte an, dass nur eine von sieben Schulen dem SEP widerspreche, während die anderen dieses begrüßen.

Nachfrage von Fr. Koschinski:

Sie verstehe nicht, warum der SEP nicht noch einmal überarbeitet und dem SSA erneut zur Abstimmung vorgelegt worden sei.

Bürgermeisterin Alkenings erklärte, dass der SSA in der letzten Sitzung einen Beschluss gefasst und die Angelegenheit nicht vertagt habe. Dies bedeute für die Verwaltung, dass sie die beabsichtigte Beratungsfolge fortzuführen habe.

Die Fraktionen CDU, FDP und BA erklärten, dass sie ihrerseits die Sitzungsvorlage noch nicht für beratungsreif halten. Die Fraktionen SPD und Allianz für Hilden sprachen sich für das Ergebnis des Arbeitskreises aus.

b) Stang, Elisabeth, wohnhaft in Hilden

Frau Stang verlas folgenden Text, der der Schriftführung nach der Sitzung zugekommen ist:

„Bei der letzten Abstimmung im Rat über die Zügigkeiten für das Schuljahr 2011/2012 wurde in dem Beschlussvorschlag ausdrücklich ein Passus eingefügt, der es den Schulleiterinnen ermöglicht, in Ausnahmefällen über die festgelegten Zügigkeiten hinaus Klassen einzurichten. Warum wird das heute in Bezug auf die Sonderregelung für Geschwisterkinder nicht auch konkret in die Beschlussvorlage aufgenommen? Es wird ausdrücklich nur von Maximal Zügigkeiten gesprochen, das lässt kein Abweichen nach oben zu.“

Schuldezernent Eichner führte aus, dass die Schulleitungen alleine entscheiden, wer an der Schule aufgenommen werde. Dies betreffe auch die Aufnahme von Geschwisterkindern. Die Verwaltung habe die Geschwisterkinderproblematik mit den Schulleitungen erörtert. Diese haben zugesagt, die Aufnahme von Geschwisterkindern für einen noch zu definierenden Zeitraum zu berücksichtigen.

c) Fragestellerin (Name und Anschrift genannt, aber unprotokolliert)

Wie soll mit den vorhandenen Räumlichkeiten die heimatliche Sprachförderung sichergestellt werden?

Schuldezernent Eichner erläuterte das Ziel, die Ressource „Raum“ optimal zu nutzen. Die Raumfrage werde jährlich mit den Schulleitungen geklärt.

Nachfrage: Sollen Räume an der Schulstraße neu geschaffen werden?

Bürgermeisterin Alkenings antwortete, dass auch dies mit der dortigen Schulleitung geklärt werde. Sie erläuterte, dass es heute zunächst um die Kapazitätsfestlegung gehe, so dass jedes Kind auf der nächstgelegenen Schule aufgenommen werden könne. Wenn es Änderungsbedarfe gäbe, werde wieder angepasst. Zudem müssen SEPs alle 5 Jahre neu aufgestellt werden.

d) Rosmus, Alexandra, wohnhaft in Hilden

Frau Rosmus verlas folgenden Text, der der Schriftführung nach der Sitzung zugekommen ist:

Warum kann man bis heute weder die Protokolle der letzten Schulausschusssitzung vom 5.07.2018, noch die des Haupt- und Finanzausschusses vom 27.06.2018 öffentlich einsehen? Geben Sie so allen Ratsmitgliedern, die z. T. keine Mitglieder der Fachausschüsse sind, genügend Vorbereitungsmöglichkeit für eine Abstimmung und wo ist die Transparenz für den Bürger?

Bürgermeisterin Alkenings erläuterte, dass die Erstellung der Niederschriften u. a. wegen der einzuholenden Unterschriften eine gewisse Zeit in Anspruch nehme. Um den Gremienmitgliedern und Fraktionen zu ermöglichen, sich auf die folgenden Sitzungen vorzubereiten, werden ihnen vorläufige Niederschriften zur Verfügung gestellt. Bürger/innen können über den Link www.hilden.de/buergerinfo das Bürgerinformationssystem und somit auch Niederschriften einsehen.

e) Jens Abel, wohnhaft in Hilden

In Bezug auf die heutige Beratung zum SEP fragte Herr Abel, warum es auf die zwei Monate bis zur nächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses im September ankomme.

Bürgermeisterin Alkenings stellte dar, dass es nicht auf die zwei Monate ankomme, sondern die Verwaltung für die Rechtmäßigkeit der Meinungsbildung des Rates sorgen müsse. Es gebe für die Beratungs- und Beschlussfolgen festgelegte Abläufe. In diesem Fall sei die Terminierung der verschiedenen Schritte mit der Sitzungsvorlage für den Schul- und Sportausschuss bekannt gewesen. Der Schul- und Sportausschuss habe seine Beratung durch Beschluss abgeschlossen. Dadurch erfolgte eine Weiterleitung in den Haupt- und Finanzausschuss. Den Beratungsverlauf könne die Verwaltung nicht einfach aussetzen. Dieses Verfahren sei mit der Kommunalaufsicht abgestimmt und im Übrigen sei der Entwurf des SEPs im Arbeitskreis diskutiert worden. Hier habe es eine mehrheitliche Einigung gegeben.

Herr Abel fragte nach, warum sich Frau Alkenings auf den Verfahrensgang zurückziehe, obwohl es ihm um Inhaltliches geht.

Bürgermeisterin Alkenings erwiderte, dass der SEP 1,5 Jahre inhaltlich diskutiert worden sei.

Nachdem es keine Wortmeldungen mehr gab, erklärte Bürgermeisterin Alkenings die Einwohnerfragestunde um 18.00 Uhr für beendet.

1 Befangenheitserklärungen

keine

2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Bezüglich der CO-Pipeline der Fa. Covestro lagen keine neuen Informationen vor.

3 Allgemeine Ratsangelegenheiten

3.1 Einführung und Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Frau Claudia Beier als Nachfolger für Herrn Markus Hanten	WP 14-20 SV 01/099
---	-----------------------

Bürgermeisterin Birgit Alkenings bat Frau Claudia Beier zu sich und verpflichtete sie mit den Worten:

“Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe.”

3.2 Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien	WP 14-20 SV 01/100
--	-----------------------

Verwaltungsmitarbeiter Becker wies auf die von ihm am Vortag an alle Ratsmitglieder weitergeleitete E-Mail des Landrates hin. Die hierin für die Kreispolizeibehörde neu benannten beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nahm der Rat wie folgt zur Kenntnis:

Jugendhilfeausschuss

als beratendes Mitglied KOK Andre Wester
(*anstelle von KOKin Nicole Creutz*)
als stellv. beratendes Mitglied KHKin Daniela Mairose
(*anstelle von KHKin Evelyn Schäfer*)

Beschlussvorschlag:

Der Rat entsendet

1. auf Antrag der Fraktion Bürgeraktion für die Nachfolge des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Markus Hanten in den / die

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz
als stimmberechtigtes Mitglied:

Ludger Reffgen

Stadtentwicklungsausschuss
als stimmberechtigtes Mitglied:

Ludger Reffgen

Rechnungsprüfungsausschuss
als stimmberechtigtes Mitglied:

Claudia Beier

Integrationsrat
als stellv. stimmberechtigtes Mitglied für Sabine Kittel:

Claudia Beier

Aufsichtsrat Verkehrsgesellschaft Hilden GmbH
als stellv. stimmberechtigtes Mitglied für Sabine Kittel:

Ludger Reffgen

Verbandsversammlung Zweckverband Volkshochschule Hilden-Haan
als stimmberechtigtes Mitglied:

Claudia Beier

2. auf Antrag der FDP-Fraktion in den

Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss
als stimmberechtigtes Mitglied:
(*anstelle von Stefan Rüscher*)
Als Stellvertreter:

Oliver Wackerzapp

RM und sachk. Bürger/Innen in
der Reihenfolge der Reserveliste

Ausschuss für Schule und Sport
Als stellv. stimmberechtigte Mitglieder für Julia Gerhard

(*anstelle von Yannick Hoppe*)

RM und sachk. Bürger/Innen in
der Reihenfolge der Reserveliste

Wahlausschuss
als stimmberechtigtes Mitglied:
(*anstelle von Kirsten Joseph*)
als Stellvertreter:

Dörthe Dylewski

RM und sachk. Bürger/Innen in
der Reihenfolge der Reserveliste

Wahlprüfungsausschuss
als stimmberechtigtes Mitglied:
(*anstelle von Kirsten Joseph*)
als Stellvertreter:

Dörthe Dylewski

RM und sachk. Bürger/Innen in
der Reihenfolge der Reserveliste

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Bürgermeisterin Alkenings hat sich an der Abstimmung gem. § 58, Abs. I GO NRW i. V. m. § 40, Abs. II GO NRW nicht beteiligt.

3.3 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Rates der Stadt Hilden,
Stand Juni 2018

WP 14-20 SV
01/090

Der Rat der Stadt Hilden nahm den nachfolgenden Sachstand zur Beschlusskontrolle seines eigenen Gremiums zur Kenntnis:

	Sitzungsvorlage aus Ratssitzung am	Beschluss/ Auftrag	Umsetzungsstand
	WP 14-20 SV 61/171 Einstellung von Bauleitplan-Verfahren: 19. Änderung des Flächennutzungsplanes Hofstraße/Karnaper Straße/Eisenbahntrasse 26. Änderung des Flächennutzungsplanes Lievenstraße/Kalstert Bebauungsplan Nr. 139 Hofstraße/Karnaper Straße/Eisenbahntrasse B am 21.03.2018	Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde Ziffer 1 des Beschlussvorschlages wie folgt mehrheitlich gefasst: 1. 19. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie Bebauungsplan Nr. 139 für den Bereich Hofstraße/Karnaper Straße/ Eisenbahntrasse sowie Der Aufstellungsbeschlüsse vom 19.06.1996 werden aufgehoben. <u>Das Bauleitplanverfahren soll mit der Zielsetzung Wohnen und Gewerbe fortgesetzt und 2019 in die Prioritätenliste aufgenommen werden.</u>	Die Prioritätenliste 2019 wird im 1. oder 2. Stadtentwicklungsausschuss des Jahres 2019 beraten werden.
	WP 14-20 SV 61/163/2 Antrag der Fraktion Bündnis '90/DIE GRÜNEN: Flächenanteil für öffentlich geförderte Wohnungen bei Bebauungsplänen am 21.03.2018	Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zur Schaffung von neuem Wohnraum ist eine Einzelfallprüfung vorzunehmen, um einen Flächenanteil von öffentlich geförderten Wohnungen von rund 30% anzustreben. Dabei soll der Anteil von barrierefrei zu erstellenden Wohneinheiten mit geprüft werden.	Im Zuge jedes Bebauungsplanverfahrens, das dazu führen soll, zusätzliche Wohnbaufläche zu schaffen, wird in den jeweiligen Sitzungsvorlagen über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Investoren berichtet.

	WP 14-20 SV 01/084/1 Einführung der digitalen Gremienarbeit am 13.12.2017	Aus der Diskussion ergaben sich folgende Arbeitsaufträge: – Die Verwaltung soll Kontakt zu den Verbänden und Institutionen aufnehmen, die beratende Mitglieder ohne Fraktionszugehörigkeit in Gremien entsenden, um deren Einbindung in die digitale Gremienarbeit abzustimmen. – Die Verwaltung soll den Fraktionen eine Nutzungsvereinbarung als Muster zur Verfügung stellen, die die Fraktionen mit den von ihnen entsandten Gremienmitgliedern abschließen bzw. nach ihren Vorstellungen abändern können. – Die Verwaltung soll die entstehenden Zuschusskosten darstellen, wenn - nur Ratsmitglieder bzw. - Ratsmitglieder und sachkundige Bürger/innen einen Zuschuss erhalten.	Die Ergebnisse der Arbeitsaufträge wurden in der Ratssitzung am 21.03.2018 mit der SV 01/084/2 dargestellt.
---	--	---	--

3.4 Weitere sonntägliche Verkaufsöffnungen 2018

WP 14-20 SV
32/023

1. Beigeordneter Danscheidt verwies auf die als Tischvorlage verteilte dritte Stellungnahme von Verdi. Verdi gehe darin fälschlicherweise davon aus, dass sich aus der Passantenfrequenzzählung der IHK ergäbe, dass 3.500 Passanten die Innenstadt zum Einkaufen aufgesucht hätten. Da es sich um eine Zählung und nicht um eine Befragung handle, könne daraus allerdings nur geschlossen werden, dass sich 3.500 Menschen in der Innenstadt aufhielten. Eine 2017 während der Veranstaltung „Frühlingsmarkt“ mit Verkaufsöffnung vorgenommene Passantenbefragung habe dagegen ergeben, dass bei einer vergleichbaren Passantenzahl ca. 1/3 angab, einkaufen zu wollen und 2/3 wegen der Veranstaltung oder anderer Gründe in die Innenstadt gekommen waren. Herr Danscheidt bat, dies im Rahmen der Abwägung und Entscheidung zu berücksichtigen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt die in Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügte Ordnungsbe-

hördliche Verordnung über die zusätzliche Öffnung von Verkaufsstellen im Jahr 2018.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen gegen 7 Nein-Stimmen (Grüne, BA).

3.5	Wiederwahl eines Sachverständigen für den Umlegungsausschuss der Stadt Hilden	WP 14-20 SV 61/198
-----	---	-----------------------

Rm. Bartel/ Grüne kündigte die Enthaltung seiner Fraktion an, weil sie nicht im Gremium vertreten ist und der Bewerber somit nicht bekannt sei.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt gemäß §§ 3-5 der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches vom 7.7.1987 in der zurzeit gültigen Fassung die Wiederwahl von

Herrn Dipl.-Ing. Wolfgang Schwandke

als sachverständiges Mitglied für Vermessung und Liegenschaftswesen des Umlegungsausschusses der Stadt Hilden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 4 Enthaltungen (Grüne).

4 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses

4.1	Gestaltungsbeirat der Stadt Hilden, Geschäftsordnung	WP 14-20 SV 61/194
-----	--	-----------------------

Rm. Bommermann/ AfD sagte, dass er keinen Ratsbeschluss gefunden haben, mit dem die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates beschlossen worden sei.

Rm. Buchner/ SPD merkte an, dass die im letzten Stadtentwicklungsausschuss beschlossenen Änderungen der Geschäftsordnung nicht in die vorliegende Sitzungsvorlage eingearbeitet wurden. *(Anmerkung der Schriftführung: Die mehrheitlich angenommene Änderung der im Stadtentwicklungsausschuss beschlossenen Geschäftsordnung lautet: „Im Abschnitt „Zusammensetzung“ hinter 4. die Wörter „jeweils ein/e Vertreter/in der im Rat vertretenen Fraktionen“ durch die Wörter „die/der Vorsitzende sowie die/der stellvertretende Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses“ zu ersetzen.*

Im 4. Absatz des Abschnitts „Geschäftsgang“ ist wie folgt zu streichen:

Den im Rat vertretenen Fraktionen ist ~~jeweils eine Einladung und die Tagesordnung an die Geschäftsstelle sowie an das erste von ihnen für die Teilnahme an einer Beiratssitzung genannte Mitglied~~ zu übersenden.)

Die Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, Allianz für Hilden, FDP und BA kritisierten die im Stadtentwicklungsausschuss beschlossene Zusammensetzung des Gestaltungsbeirates, weil hiernach nur noch der/die Vorsitzende und der/die Stellvertreter/in des Stadtentwicklungsausschusses an den Sitzungen teilnehmen. SPD und CDU hätten sich damit Posten gesichert und die „kleinen“ Fraktionen seien nicht vertreten. Ihnen stehe es somit nicht offen, sich mit Fachleuten auszutauschen.

Die Fraktionen SPD und CDU erwiderten, dass der Gestaltungsbeirat aus Fachleuten bestehe. In ihm müsse nicht jede Fraktion vertreten sein, weil die Rückkopplung in den Stadtentwicklungsausschuss gegeben sei. Zudem seien die Positionen von Vorsitz und Stellvertretung nicht fraktionsgebunden und könnten in künftigen Wahlperioden auch von „kleinen“ Fraktionen gestellt werden.

Da der Sitzungsvorlage nicht die aktuelle Fassung der Geschäftsordnung beilag und ein Ratsbeschluss zur Einrichtung des Gestaltungsbeirates noch aussteht, wurde die Angelegenheit einvernehmlich in die nächste Ratssitzung vertagt.

5 Angelegenheiten des Jugendhilfeausschusses

5.1 Benutzungs- und Entgeltsatzung für das Spielmobil

WP 14-20 SV
51/203/1

Beschlussvorschlag:

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und der §§ 1, 2, 4, 5 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in den jeweils zurzeit gültigen Fassungen beschließt der Rat der Stadt Hilden nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss die vorgestellte Benutzungs- und Entgeltsatzung für das Spielmobil der Stadt Hilden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

6 Angelegenheiten des Schul- und Sportausschusses

6.1 Schulentwicklungsplan an Hildener Grundschulen hier: Festlegung der Zügigkeiten für das Schuljahr 2019/20

WP 14-20 SV
51/208/2

Schuldezernent Eichner präsentierte per Beamer eine überarbeitete Darstellung der Schülerprognose für die Astrid-Lindgren-Schule. Hierin sei eine weitere Zeile „Anmeldungen Gesamt (bis zu)“ eingefügt worden, um die insgesamt prognostizierten Schülerzahlen darzustellen. Bislang habe es nur die Zeile „Anmeldungen Gesamt (gerundet)“ gegeben, welche sich ausschließlich auf die prognostizierten katholischen Schülerzahlen bezogen habe. Die Überarbeitung sei zur besseren Verständlichkeit auf Grund eines Gesprächs mit Rm. Bommermann/ AfD erfolgt, das nach dem Versand der Sitzungsunterlagen stattgefunden habe. Die überarbeitete Darstellung der Schülerprognose für die Astrid-Lindgren-Schule (ursprünglich Seite 14 der Anlage 4 zur Sitzungsvorlage) ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Eichner wies darauf hin, dass auf Bitte der Bezirksregierung die Anlage 5 der SV 51/208/1 nicht-öffentlich zu behandeln sei und daher der aktuellen SV 51/208/2 nicht mehr beigelegt sei.

Alle Fraktionen stellten ihre Standpunkte dar, die sie bereits im Schul- und Sportausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss geäußert hatten. Hierbei ging es insbesondere um den Elternwilen, die Zügigkeit, die Heterogenität der Schulklassen und den Verfahrensablauf bezüglich der Beratungsfolge.

Da die CDU-Fraktion zudem darauf abgezielt hatte, dass die vorangegangenen Schulentwicklungspläne als Steuerungsmöglichkeit funktioniert hätten, hob Schuldezernent Eichner hervor, dass es der Verwaltung mit dem zur Entscheidung stehenden Schulentwicklungsplan möglich wäre, zu agieren. Bisher habe die Verwaltung immer nur nachsteuern können. Dadurch würde auch die Planungssicherheit der Eltern verbessert. Er bat daher die Ratsmitglieder eindringlich darum, heute einen Beschluss zu fassen.

Auf Nachfrage von Rm. Burchartz/ Allianz erklärte Schuldezernent Eichner, dass mit der Umsetzung des Verwaltungsvorschlages alle Schul- und auch Teilstandorte gesichert seien.

Rm. Joseph/ FDP beantragte die Vertagung der Angelegenheit, wozu formale Gegenrede erhoben wurde.

Bürgermeisterin Alkenings ließ daraufhin über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Vertagungsantrag wurde mit 23 Stimmen mehrheitlich abgelehnt (SPD, Grüne, Allianz, Bürgermeisterin) gegen 19 Ja-Stimmen (CDU, FDP, BA, AfD).

Rm. Reffgen/BA äußerte Bedenken bezüglich einer möglichen Befangenheit von Rm. Kollender/ SPD.

Bürgermeisterin Alkenings erklärte, dass der Rat über die Befangenheit einzelner Mitglieder beschließen kann. Sie wies darauf hin, dass die Verwaltung aus dem Arbeitskreis SEP gefragt worden sei, ob bei den Abstimmungen Personen beteiligt seien, die befangen sind. Daraufhin habe die Verwaltung im Vorfeld der Sitzung unter Beteiligung der Kommunalaufsicht sowohl eine mögliche Befangenheit von Rm. Kollender/ SPD als auch von Rm. Remih/ FDP geprüft. Hierbei sei die Auffassung der Verwaltung, dass beide nicht befangen seien, von der Kommunalaufsicht geteilt worden.

Rm. Reffgen/ BA bat, über die Befangenheit von Rm. Kollender/ SPD zu beschließen.

Die Abstimmung ohne Beteiligung von Rm. Kollender/ SPD und ohne Rm. Wegmann/ CDU, der sich nicht im Sitzungsraum befand (nur während dieser Abstimmung), ergab folgendes Ergebnis: Es wurde mit 22 Nein-Stimmen (SPD, Grüne, Allianz, Bürgermeisterin) gegen 18 Ja-Stimmen (CDU, FDP, BA, AfD) mehrheitlich beschlossen, dass Rm. Kollender/ SPD nicht befangen ist.

Die Fraktionsmitglieder der FDP - Rm. Joseph, Rm. Remih und Rm. Hoppe - beantragten gem. § 21, Abs. 2, Satz 1 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Hilden die namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Rm. Reffgen/ BA beantragte, alternativ über den Beschlussvorschlag aus der Sitzung des Schul- und Sportausschusses abstimmen zu lassen.

Bürgermeisterin Alkenings richtete sich abschließend mit der Bitte an alle Anwesenden, unabhängig von dem Ergebnis der Abstimmung in dieser Sache zukünftig zusammen zu arbeiten. Sie merkte an, dass über alle inhaltlichen Fragen im Arbeitskreis ausführlich gesprochen worden sei. Sie äußerte Verständnis für die Eltern, die jetzt kämpfen, gab aber zu bedenken, dass auch die Eltern der anderen sechs Grundschulen Interessen haben. Für Ihr Fazit, dass alle Hildener Grundschulen gut seien, erhielt Sie Zustimmung aus den Reihen der Anwesenden.

Bürgermeisterin Alkenings erklärte anschließend, dass jedes Ratsmitglied nach Aufruf des eigenen Namens mit der

- Antwort „eins“ für den Beschlussvorschlag aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (Variante 1 - HuF)
- Antwort „zwei“ für den Beschlussvorschlag aus der Sitzung des Schul- und Sportausschusses (Variante 2 – SSA)

stimme.

Sie erkundigte sich, ob es bezüglich der Abstimmung Unklarheiten gebe. Da es daraufhin keine Wortmeldungen gab, ließ Sie namentlich über die Varianten 1 und 2 abstimmen.

Variante 1:

Beschlussvorschlag (für den Rat aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 27. Juni 2018):

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport und im Haupt- und Finanzausschuss auf der Basis der Wohnortnähe die Festlegung der Zügigkeiten für die nächsten fünf Jahre für die städtischen Hildener Grundschulen.

Die Zügigkeiten werden als Maximalgröße festgelegt, da die Berechnung der Klassenrichtwertzahl auf der Basis der Gesamtschülerzahl erfolgt und im Einzelfall die Zügigkeiten nochmals beschränken kann.

Die Festlegung für fünf Jahre beruht auf der Basis der aktuell festgestellten Schülerzahlen für die städtischen Grundschulen. Diese Daten werden jährlich neu festgestellt und der Beschluss somit jährlich überprüft und gegebenenfalls fortgeschrieben.

Die Zügigkeit der Verbundschule Schulstraße beträgt ab dem Schuljahr 2019/2020 vier Züge.

Die Zügigkeit der Schwerpunktschule Elbsee beträgt ab dem Schuljahr 2019/2020 zwei Züge.

Die Zügigkeit der Verbundschule Beethovenstraße beträgt ab dem Schuljahr 2019/2020 vier Züge.

Die Zügigkeit der Wilhelm-Hüls-Schule beträgt ab dem Schuljahr 2019/2020 drei Züge.

Die Zügigkeit der Verbundschule Kalstert beträgt ab dem Schuljahr 2019/2020 vier Züge.

Die Zügigkeit der Wilhelm-Busch-Schule beträgt ab dem Schuljahr 2019/2020 drei Züge.

Die Zügigkeit der Astrid-Lindgren-Schule beträgt ab dem Schuljahr 2019/2020 zwei Züge.

Variante 2:

Beschlussvorschlag (für den Haupt- und Finanzausschuss aus der Sitzung des Schul- und Sportausschuss 7. Juni 2018):

„Die Verwaltung wird beauftragt, zu einer Sondersitzung im September 2018 eine alternative Schulentwicklungsplanung vorzulegen, bei der die GGS Wilhelm-Hüls-Schule und die KGS Astrid-Lindgren-Schule dauerhaft auf 3 Züge festgelegt werden.“

Abstimmungsergebnis:

Der in der Sitzungsvorlage abgedruckte Beschlussvorschlag aus dem Haupt- und Finanzausschuss wurde mit 23 Ja-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

Namentliche Abstimmung im Einzelnen:

Name	Vorname	Fraktion	Variante 1 (HuF)	Variante 2 (SSA)	Ohne Beteiligung
Alkenings	Birgit	Bürgermeisterin	X		
Barata	Anabela	SPD	X		
Bartel	Klaus-Dieter	Bündnis 90/ Die Grünen	X		

Beier	Claudia	BA		X	
Böhm	Manfred	SPD	X		
Bommermann	Ralf	AfD		X	
Bosbach	Christoph	SPD	X		
Brehmer	Torsten	SPD	X		
Buchner	Kevin	SPD	X		
Burchartz	Friedhelm	Allianz für Hilden	X		
Buschmann	Marion	CDU			X
Daniels	Reinhold	SPD	X		
Deprez	Michael	CDU			X
Frenzel	Fred Harry	CDU			X
Gartmann	Christian	CDU			X
Greve-Tegeler	Wolfgang	CDU			X
Grünendahl	Thomas	CDU			X
Hebestreit	Dagmar	SPD	X		
Hoppe	Yannick	FDP		X	
Joseph	Rudolf	FDP		X	
Kirchhoff	Steffen	SPD	X		
Kittel	Sabine	BA		X	
Kollender	Sandra	SPD	X		
Monheimius	Christopher	CDU			X
Münnich	Marianne	Bündnis 90/ Die Grünen	X		
Munsch	Claus	Allianz für Hilden	X		
Reffgen	Ludger	BA		X	
Remih	Thomas	FDP		X	
Schlottmann	Rainer	CDU			X
Schneller	Hans-Werner	SPD	X		
Scholz	Jürgen	SPD	X		
Schreier	Norbert	CDU			X
Stöter	Dominik	SPD	X		
Stroth	Anne Kathrin	SPD	X		
Thimm	Bettina	CDU			X
Toska	Hartmut	Bündnis 90/ Die Grünen	X		
Vogel	Susanne	Bündnis 90/ Die Grünen	X		
Wannhof	Carsten	SPD	X		
Weber	Hans-Jürgen	SPD	X		

Wegmann	Michael	CDU			X
Wellmann	Kurt	SPD	X		
Zenker	Reinhard	CDU			X
Summen			23	7	12

7 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

8 Jahresabschluss 2017

WP 14-20 SV
20/096

Der Kämmerer erläuterte den Jahresabschluss 2017.

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss der Stadt Hilden für das Haushaltsjahr 2017 wird zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.
2. Der Rat der Stadt Hilden nimmt die Übertragung eines Gesamtbetrages an Aufwandsermächtigungen im Ergebnishaushalt i. H. v. 1.647.503,01 € (davon Ermächtigungsübertragungen für zweckgebundene Erträge gem. § 22 Abs. 3 GemHVO i. H. v. 42.363,48 €), an Aufwandsermächtigungen, die mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet werden i. H. v. 845.548,00 € und an Auszahlungsermächtigungen für Investitionen i. H. v. 9.750.674,09 € zur Kenntnis.
3. Der Rat der Stadt Hilden nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass die Kreditermächtigung aus der Haushaltssatzung 2017 i. H. v. 5,60 Mio. € mit 0,39 Mio. € für den Anteil „Gute Schule 2020“ in Anspruch genommen wurde. Eine weitere Inanspruchnahme der Kreditermächtigung 2017 war nicht notwendig.
4. Nach der Prüfung und Feststellung des vorgelegten Jahresabschlusses durch den Rat der Stadt Hilden wird der Jahresüberschuss i. H. v. 369.391,71 € der Ausgleichsrücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

9 Anträge

9.1 Antrag Allianz für Hilden: Räumlichkeiten für die VHS Hilden-Haan

WP 14-20 SV
01/101

Nach kurzem Meinungsaustausch ließ Bürgermeisterin Alkenings über den Antrag abstimmen.

Antragstext:

„Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen, dass die Bürgermeisterin, die auch Vorsitzende des Zweckverbandes der VHS Hilden Haan ist, unverzüglich zukunftsichere Räumlichkeiten für die VHS in Hilden zur Verfügung stellt und die Fraktionen über den aktuellen Stand ihrer Bemühungen informiert.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen 2 Ja-Stimmen (Allianz) bei 4 Enthaltungen (Grüne) ohne Beteiligung der Bürgermeisterin.

10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

10.1 Finanzstatus

Kämmerer Klausgrete gab bekannt, dass sich die Gewerbesteuer positiv entwickelt und ein Mehrertrag von aktuell 3,7 Mio. € zu verzeichnen sei. Voraussichtlich werde kein Nachtrag erforderlich. Da die Unternehmen jährlich im November die Herabsetzungsanträge stellen, wenn das Jahr nicht gut laufe, sei dies aber nur eine stichtagsbezogene Aussage. Der Finanzstatus werde voraussichtlich in der nächsten Woche übersandt.

11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

11.1 Anfrage der AfD: Spielgeräte Herderstraße

Rm. Bommermann/ AfD schilderte seine Beobachtung, dass an der Flüchtlingsunterkunft Herderstraße Spielgeräte aufgebaut werden. Er erkundigte sich, ob dort ein Spielplatz alleine für die Flüchtlingsunterkunft errichtet werde und in welchem Produkt er die Kosten hierfür finden könne. Beigeordneter Eichner erklärte, dass es sich um eine Spielgelegenheit in einem geschützten Bereich handele. Durch die Umzäunung entfalle z. B. die Aufsichtspflicht. Beigeordnete Hoff informierte, dass die Kosten in Amt 66 anfallen und stellte die nachträgliche Nennung des Produkts in Aussicht.

11.2 Anfrage der FDP: Festlegung der Zügigkeiten in Grundschulen - Mitwirkungsverbot gem. § 31 GO NRW

Rm Joseph/ FDP verlas folgende Anfrage:

„Bezug nehmend auf Ihre Anfrage an die Kommunalaufsicht, „mit der Bitte um Prüfung und Stellungnahme“, ob ein Mitwirkungsverbot zum Thema „Schulentwicklungsplanung“ für Herrn Thomas Remih ausgesprochen werden kann, bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wer hat den Auftrag gegeben, die mögliche Befangenheit von Herrn Remih zu prüfen?*
- 2. Warum wurden Herr Remih und/oder die FDP Fraktion nicht über den Verdacht der Befangenheit informiert? Wir fordern die Herausgabe Ihres gestellten Antrags an die Kommunalaufsicht!*
- 3. Auf welcher Grundlage basiert der Verdacht der Befangenheit von Herrn Thomas Remih?*
- 4. Wie wurde der Verdacht der möglichen Befangenheit ermittelt und worauf beziehen Sie Ihre Vermutung einer möglichen Vorteilsnahme bzw. Nachteilsverhinderung?*

5. Welche Hilfsmittel wurden konkret zur Prüfung der möglichen Befangenheit von Herrn Remih genutzt? Ist ggf. die Datenschutzverordnung verletzt worden? Wenn ja, wer hat die Verletzung zu verantworten und welche Konsequenzen werden hieraus gezogen?

Wir erwarten eine kurzfristige Stellungnahme und Antworten auf die vorstehend gestellten Fragen sowie Einsichtnahme der Akten.

*Rudolf Joseph
Fraktionsvorsitzender*

*Thomas Remih
Stv. Fraktionsvorsitzender“*

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Bürgermeisterin Birgit Alkenings / Datum
Vorsitzende

Geri Schwenger / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Roland Becker / Datum
Leiter Team Bürgermeisterbüro